

Niederschrift

über die 48. Tagung des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses der Stadt Haldensleben am 20.11.2012, von 17:00 Uhr bis 18:30 Uhr

Ort: im Jugendfreizeitzentrum "Der Club", Hafenstraße

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 30.10.2012
4. Erörterung der derzeitigen Arbeit des Jugendfreizeitentrums "Der Club" mit anschließender Begehung der Räumlichkeiten
5. Förderanträge
6. Mitteilungen
7. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

8. Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 30.10.2012
9. Anfragen und Anregungen
10. Mitteilungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt sind 5 Ausschussmitglieder, Herr Dr. Graetz und Frau Mardorf, sachkundige Einwohner, anwesend; der Ausschuss ist somit beschlussfähig. Stadtrat Rüdiger Ostheer vertritt Stadtrat Christian Kästner und Stadtrat Dr. Michael Reiser wird von Stadträtin Regina Blenkle vertreten. Herr Schmahl hatte sich entschuldigt. Darüber hinaus waren anwesend der Vorstand vom Jugendfreizeitzentrum „Der Club“ Herr Juhl und Herr Henschel, Herr Helmecke, pädagogischer Mitarbeiter, Amtsleiterin Aust und Herr Böttcher vom Ordnungs- und Gewerbeamt und vom Polizeirevier Herr Friedrichs und Herr Jannek.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt; somit wird die Tagesordnung entsprechend der Einladung abgehandelt.

zu TOP 3 Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 30.10.2012

Zum öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 30.10.2012 bestehen keine Einwände.

zu TOP 4 Erörterung der derzeitigen Arbeit des Jugendfreizeitentrums "Der Club" mit anschließender Begehung der Räumlichkeiten

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki schlägt vor, zuerst einen Rundgang durch das Gebäude vorzunehmen und anschließend in die Diskussion einzutreten.

Herr Michael Helmecke, pädagogischer Mitarbeiter und Herr Ronald Juhl, stellv. Vorsitzender vom SONAB e.V. führen die Ausschussmitglieder gemeinsam durch die Räumlichkeiten.

Im Hauptaufenthaltsraum finden die meisten Aktivitäten statt wie Alltagspädagogik, Gespräche, am Tresen können Getränke und kleine Snacks eingenommen werden, die Besucher können Musik hören, sich am Computer betätigen. Nebenan befinden sich das Büro und eine Küche, die teilweise von Mitarbeitern genutzt wird, aber auch für Projekte (Pizza backen etc.).

Den Kindern und Jugendlichen stehen weiterhin folgende Räume zur Nutzung zur Verfügung:

- Multifunktionsraum mit Billardtisch, der gleichzeitig als Tischtennisplatte dient; hier kann man auch Dart spielen, zudem wird der Raum gleichzeitig als Backestageraum genutzt, wenn Life-Bands auftreten; der Raum wurde von den Jugendlichen renoviert
- Musikzimmer mit Instrumenten (hier wären einige Instrumente zu erneuern)
- Veranstaltungsraum – für diesen wurde ein Schallschutzgutachten erstellt. Mit einem Schallpegelmessgerät werden außerhalb des Gebäudes Messungen durchgeführt. Die vorgeschriebenen 95 Dezibel wurden eingehalten bis auf eine Ausnahme
- Toiletten
- verschiedene Lagerräume

Die Jugendlichen haben in ihrer Freizeit die Räume gestaltet, der Club erhielt im letzten Jahr ca. 10.000 € an Spenden. Teilweise werden durch Firmen auch Materialien gesponsert.

Um 17.20 Uhr kommt Stadtrat Boris Kondratjuk i. V. für Stadtrat Dr. Peter Koch hinzu, somit sind 6 Ausschussmitglieder anwesend.

Es finden regelmäßig Konzerte statt, teils mit Life-Bands, teils Discoververanstaltungen. Fremdveranstalter müssen Miete für die Nutzung der Räumlichkeiten und der Technik bezahlen. Die Großveranstaltungen sind begrenzt; es dürfen 45 im Jahr durchgeführt werden - 12 haben in diesem Jahr stattgefunden. Der Club habe ein anderes Klientel als das Seal. Die Kapazität liegt bei max. 190 Besucher bezogen auf das gesamte Haus. Im Club steht der kulturelle Aspekt und nicht der kommerzielle wie im Seal im Vordergrund (Getränke zwischen 1,00 € und 2,00 €, Wasser ist preiswerter). 5 Proberäume sind an Bands vermietet. Zu diesen Räumen hat der Club keinen Zutritt. Der Garten wurde neu gestaltet, es gibt u. a. ein Beachvolleyballfeld, Fußballtore stehen zur Verfügung, es gibt im Garten eine Sitzecke, eine Raucherecke, einen Rundgrill, eine Feuerstelle.

Anlass, den Club als Tagungsort zu wählen war, dass es in der Vergangenheit Beschwerden bezüglich Lärmbelästigungen, die vom Club ausgehen würden, gab, teilt Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki mit. Es musste wohl sogar die Polizei einschreiten. Er möchte nunmehr den Vorstand vom Träger des Clubs, den SONAB e.V. bitten, zu diesen Vorfällen Stellung zu nehmen (was sei vorgefallen, wie wurde damit umgegangen?)

Herr Juhl entgegnet darauf, dass Herr Friedrich und Herr Jannek vom Polizeirevier zwar vor Ort waren, aber nicht weil es einen Einsatz gab oder sie gerufen wurden.

Herr Jannek vom Polizeirevier könne mitteilen, dass die Polizei lt. Statistik im Jahr 2011 4 x in der Hafestraße wegen Ruhestörung gewesen ist. Davon war 1 x (15.05.2011) der Club betroffen und ansonsten waren es 3 x private Feiern. In diesem Jahr war die Polizei 3 x wegen ruhestörendem Lärm in der Hafestraße. Davon war wiederum der Club 1 x betroffen (30. Geburtstag, am 23.09. um 07.45 Uhr). Ansonsten gingen die Ruhestörungen vom Umschlaghafen aus. Polizeiliche Einsätze gab es keine.

Herr Juhl müsse korrigieren, dass die Ruhestörung am 23.09. nicht vom Club ausging, sondern die Geburtstagsfeier fand auf dem Gelände der Firma Lüddemann statt.

Inwieweit sich Anwohner der Hafestraße beim Ordnungsamt der Stadt beschwerten, dazu könne Herr Jannek nichts sagen.

Amtsleiterin Aust berichtet, dass es Anrufe von einem Anwohner der Hafestraße einerseits wegen ruhestörendem Lärm und andererseits wegen Vermüllung der Straße gab. Der ruhestörende Lärm ging von einer privaten Veranstaltung aus. Bezüglich der Vermüllung fand ein Gespräch statt, an dem Vertreter der Polizei, des Landkreises, vom Club und der Stadt teilnahmen.

Herr Böttcher, Sachbearbeiter Gewerbeangelegenheiten, möchte ergänzen, dass in der Vergangenheit bei fast jeder Veranstaltung im Club, egal ob die Räume vermietet wurden oder der Club selbst Veranstalter war, Kontrollen durchgeführt wurden. Die Kontrollen bezogen sich auf den Jugendschutz und auf die Einhaltung der Auf-

lagen aus dem Bescheid vom Bauordnungsamt (Fenster müssen zu sein, die verplombte Anlage muss benutzt werden). Es wurden bei keiner Veranstaltung Verstöße bezüglich Lärm festgestellt, die ein Einschreiten seitens des Ordnungsamtes gerechtfertigt hätten. Wenn Veranstaltungen im Club durchgeführt werden, entstehen einfach Emissionen. Mit der Genehmigung und der Zulassung des Objektes wurden hier jedoch Grenzwerte festgesetzt, die einzuhalten sind. Dass man die Musik und auch die Besucher vom Club in der Hafestraße hört, sei unbestritten. Aber die massiven Ruhestörungen, die von einem Anwohner vorgebracht werden, gibt es definitiv nicht.

Herr Helmecke teilt mit, dass der betroffene Anwohner den Club aufgesucht und sich die Einrichtung und den Garten angesehen hat. Um ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis anzustreben, sei man ihm sogar so weit entgegen gekommen, dass am Sonntagnachmittag kein Volleyball mehr gespielt und keine Musik im Garten gehört werde. Es wurde dem Betroffenen auch angeboten, sich bei Problemen an den Club zu wenden.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki resümiert, dass das Problem der Lärmbelästigung vom Club ausgehend in der Tat nicht so sei, wie es dargestellt wurde. Der Ausschuss wolle sich aber nicht nur mit der Thematik Lärmbelästigung befassen, sondern auch mit dem Belangen vom Club allgemein.

Stadtrat Eberhard Resch erkundigt sich nach den Arbeitszeiten von Herrn Helmecke.

Herr Helmecke decke mit seinen Wochenstunden die Öffnungszeiten von 14.00 bis 20.00 Uhr ab. Außerhalb der Öffnungszeiten sei er nicht vor Ort, es sei denn, Veranstaltungen, Projekte gehen über diesen Zeitraum hinaus.

Stadträtin Regina Blenkle würde interessieren, welche Vorstellungen der Club hat, was fehlt, wo können die Stadträte Unterstützung leisten.

Herr Juhl könnte Vieles aufzählen, was wichtig wäre. Am Wichtigsten wären eine Sicherungsanlage mit Videoüberwachung und eine Schließanlage. Im Sommer habe es einen Einbruch gegeben, bei dem der Safe mit Bargeld gestohlen wurde. Wenn die Sicherungsmaßnahmen nicht realisiert werden, trage die Versicherung das Risiko nicht mehr. Weiterhin würden Ausstattungsgegenstände für Volleyball, Tischtennis usw. fehlen.

Herr Helmecke fügt hinzu, dass grundsätzlich viele Kleinigkeiten fehlen, wie neue Schlagzeugstöcke und ein Fußball. Vielleicht könnte der Club einmal einen Förderantrag für Anschaffungsmaterialien, unabhängig von einem Projekt einreichen; das wäre schon hilfreich.

Frau Mardorf verweist auf den städtischen Zuschuss, den der Club erhält.

40 TEuro, die der Club als Zuschuss erhält, reichen nicht aus, um die Miete, die Personalkosten und die Nebenkosten zu tragen. Sie seien auf einen erheblichen Teil Eigenmittel angewiesen. Für Projekte müsste Herr Helmecke Anträge beim Landkreis stellen, d.h. spontan könne er nichts unternehmen, weil ihm kein Budget zur Verfügung steht. Viele Dinge können nicht in Angriff genommen werden, weil es von vornherein an der Finanzierung scheitert.

Stadträtin Regina Blenkle bittet Amtsleiterin Scherff, etwas zur finanziellen Ausstattung der Einrichtungen zu sagen.

Im Haushalt 2013 wurden für die großen Jugendeinrichtungen jeweils wieder 40 T Euro eingestellt und das ist an und für sich auch eine verlässliche Position für die Jugendeinrichtungen, merkt Amtsleiterin Scherff an. Ursprünglich waren die Personalkosten im städtischen Zuschuss nicht enthalten. Weil sich die Finanzierung der Personalkosten durch Land und Landkreis immer schwieriger gestaltet, können auch die Personalkosten daraus kofinanziert werden.

Es werde auch wieder die Stelle für den Streetworker besetzt, weil es zunehmend mit den 1 Euro-Kräften nicht mehr machbar ist bzw. die Stadt die Zuteilung nicht bekomme. Es wurde auch versucht, auf Kräfte des Bundesfreiwilligendienstes auszuweichen. Von den Anträgen die gestellt wurden, gab es bisher nur eine Anerkennung und zwar für den Bereich Waldstadion. Um auch die Jugendarbeit in den Ortsteilen fortsetzen zu können, werde man zunehmend auf den Bereich Streetwork zurückgreifen müssen.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki kommt auf die nicht in Anspruch genommenen Gelder für Vandalismusschäden zu sprechen, die jährlich an die Grundschulen ausgezahlt werden. Zu überlegen wäre, diesbezüglich auch die Jugendklubs einzubeziehen, weil diese die Kinder und Jugendlichen am Nachmittag, außerhalb der Schulzeit betreuen und somit die Kids während dieser Zeit keine Vandalismusschäden anrichten können.

Man kann über den Ansatz sicherlich nachdenken, so **Amtsleiterin Scherff**, wobei die Schulen von diesen Geldern in den letzten Jahren auch für den Freizeitbereich relativ sinnvolle Projekte initiiert haben.

Stadträtin Regina Blenkle möchte diesen Ansatz unterstützen, denn die Schulen seien ihres Erachtens wesentlich besser ausgestattet als die Jugendeinrichtungen. Vielleicht könnte man auch prüfen, ob den Jugendklubs die Ausstattungen, die turnusmäßig in den Schulen ausrangiert werden, zur Verfügung gestellt werden könnten.

Stadtrat Boris Kondratjuk kenne den Club seit vielen Jahren, wisse von den Schwierigkeiten, die es in der Vergangenheit, als das Domizil noch die Bülstringer Straße war, gegeben habe. Die Probleme, die heute angesprochen wurden, stellen für ihn keine Probleme dar. Er würde ebenfalls den Vorschlag vom Ausschussvorsitzenden unterstützen wollen.

Stadträtin Regina Blenkle begleitet den Club schon viele Jahre. Auch damals in der Bülstringer Straße gab es Beschwerden. Ihres Erachtens sei das einfach so – dort, wo Alt und Jung zusammentreffen, entstehen Reibungspunkte; das müsse man akzeptieren. Man sollte sich ein Stück weit arrangieren.

Stadtrat Boris Kondratjuk hinterfragt, ob der Club in diesem Jahr einen Antrag auf Förderung bei der Stadt gestellt habe.

Dies bejaht **Herr Juhl**. Anfang des Jahres wurde ein Förderantrag für den Kauf eines 3 x 6 m großen Zeltes gestellt. Empfohlen wurde, dafür finanzielle Mittel im Haushaltsplan 2013 einzustellen. **Herr Helmecke** fügt hinzu, dass die Projektanträge beim Landkreis einzureichen sind.

Zum Schluss möchte **Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki** feststellen, dass sich der Ausschuss von der Jugendarbeit, die im Club geleistet wird, ein Bild verschaffen konnte. Im Namen des Ausschusses wünsche er den Verantwortlichen weiterhin viel Erfolg.

Um 18.00 Uhr verlässt Stadträtin Regina Blenkle die Sitzung, somit sind noch 5 Ausschussmitglieder anwesend.

zu TOP 5 Förderanträge

5.1. Förderantrag Haldensleber Sportclub, Abt. Fußball

Der HSC, Abt. Fußball plant, neue Tornetze zu beschaffen (Ersatzbeschaffung). Dafür erbitten sie einen Zuschuss seitens der Stadt Haldensleben in Höhe von 400 Euro. Kosten insgesamt: 500 Euro.

Für **Stadtrat Eberhard Resch** stellt sich die Frage, warum von den Tornetzen jeweils 2 Paar angeschafft werden sollen.

Amtsleiterin Scherff merkt an, dass der Antrag des HSC auf die nächste Sitzung vertagt werden könnte, wenn es hier Erläuterungsbedarf gibt.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki hätte einen anderen Vorschlag zu unterbreiten. Es werde jeweils von den Tornetzen ein Paar gefördert (Hälfte der Gesamtsumme, d.h., 250,00 €).

Die Mitglieder des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses empfehlen, dem HSC, Abt. Fußball 250,00 € zu bewilligen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen

zu TOP 6 Mitteilungen

6.1. **Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki** kommt auf den Brief der Kita „Max und Moritz“ zu sprechen. Der Ausschuss hatte sich verständigt, eine Sitzung in der Kita „Max und Moritz“ noch 2012 durchzuführen. In Absprache der Verwaltung mit dem Ausschussvorsitzenden und der Kita wurde diese Sitzung für den 11. Dezember vereinbart. Dazu sollten auch die zuständigen Landtagsabgeordneten eingeladen werden, was er inzwischen veranlasst habe. Rückmeldungen gibt es bisher von Herrn Geisthardt, Herrn Henke und Frau Mittendorf. Geplant war, dass vorher die Verwaltung noch einmal

mit dem Team der Kita spricht.

Nach Auffassung von **Stadtrat Eberhard Resch** sollte der Ausschuss für die Sitzung am 11. 12. an der die Landtagsabgeordneten zugegen sein werden, eine bestimmte Zielrichtung haben. Seine Intention wäre, zu versuchen den Landtagsabgeordneten klar zu machen, dass das, was mit dem KiföG im Landtag beschlossen werden soll, für die Praxis nicht viel bringt und es z.B. sinnvoller wäre, mehr Personal in den Kita's vorzuhalten. Wenn die Eltern zu Hause sind, können diese sich auch eine gewisse Zeit um ihre Kinder kümmern; die Kinder müssen nicht den ganzen Tag in der Einrichtung rundum betreut werden.

Festgestellt wurde, dass das Anliegen der Erzieherinnen das KiföG betreffe. Die Änderungen des KiföG sollen in der Dezembersitzung im Landtag beschlossen werden, so **Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki**. Der städtische Ausschuss könne den regionalen Landtagsabgeordneten mitgeben, dass sie im Interesse der Erzieherinnen und der Kommune bestimmte Änderungen anregen. Er habe zwar wenig Hoffnung, dass das gelingen wird, aber das ist die einzige Möglichkeit, die der Ausschuss habe.

Stadtrat Boris Kondratjuk sei anderer Meinung. Der Brief der Erzieherinnen der Kita „Max und Moritz“ sei ein Hilferuf. Es handelt sich um eine Einrichtung in städtischer Trägerschaft. Von daher seien seiner Ansicht nach die Stadträte verpflichtet, sich den Hilferuf anzunehmen. Das Antwortschreiben von Herrn Henke sei für ihn nicht nachvollziehbar. Die Aussage „dem Stadtrat ist laut Gemeindeordnung untersagt“ sei seines Erachtens unqualifiziert. Lt. KiföG seien 12 Kinder pro Gruppe vorgesehen. In der Kita „Max und Moritz“ werden in den Gruppen jedoch 24 Kinder betreut und da könne auch der Landtag nicht helfen. Er sei der Meinung, dass sich der Ausschuss der Problematik hätte kurzfristig annehmen müssen.

Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki teilt mit, dass der Ausschuss bereits auf der letzten Sitzung die Erzieherinnen angehört habe, ohne dass das Thema auf der Tagesordnung stand. Es wurde mit den Erzieherinnen ein Vor-Ort-Gespräch unter Einbeziehung der Landtagsabgeordneten und des Fachausschusses vereinbart, und die Erzieherinnen haben eigentlich auch der Argumentation des Ausschusses folgen können.

Grundsätzlich sei es so, dass man sich im Bereich des KiföG auf Landesrecht bewege, merkt **Amtsleiterin Scherff** an. Entgegen der Aussage von Stadtrat Boris Kondratjuk gibt es keine Vorschrift im Landesrecht, wonach eine Kindergartengruppe aus 12 Kindern besteht. Es gibt einen Verrechnungsschlüssel pro Kind und diesen halte die Stadt ein. In der Kita „Max und Moritz“ sei aufgrund des hohen Krankenstandes der Personalschlüssel sogar überschritten worden. Dieses Problem habe nicht nur die Kita „Max und Moritz“, sondern z. B. auch die Kita „Märchenburg“. Die Verwaltung berechne das Personal in allen Einrichtungen gleich, ob das die Kita „Max und Moritz“ oder die „Sonnenblume“ ist. Der Fachdienst Jugend des Landkreises als Fachaufsicht wurde gebeten, den Einsatz des Personals zu überprüfen und es wurde festgestellt, dass dem KiföG in allen Vorgaben entsprochen wurde. Das wird auch im Rahmen der Betriebserlaubnis überprüft. Alles was darüber hinaus der Stadtrat wolle, gehe zu Lasten des städtischen Haushaltes. Letztendlich sei es so, wie es der Ausschussvorsitzende bereits erwähnt hat - das KiföG als Landesgesetz gibt bestimmte Vorgaben vor. Das Landesgesetz soll jetzt dahingehend überarbeitet werden, dass der Betreuungsanspruch auf den ganzen Tag ausgeweitet wird. Dies werde jedoch nicht zu einer Verbesserung in Punkto Personalkosten oder Personalarbeitstellung führen; im Gegenteil, die Situation werde sich in den Einrichtungen merklich verschlimmern, wenn die Kinder den ganzen Tag in der Einrichtung betreut werden sollen. Diesbezüglich könne sie mit den Landtagsabgeordneten nicht konform gehen. Sie habe die Einrichtungen aufgefordert, die Landtagsabgeordneten in die Einrichtungen einzuladen, um sich vor Ort ein Bild über die Probleme zu verschaffen. Sie begrüßt es, dass am 11. Dezember noch eine Beratung in der Kita „Max und Moritz“ stattfindet. Wichtig ist zu wissen, dass es ein Landesgesetz gibt, an das die Kommunen gebunden sind insbesondere auch in Punkto Finanzierung. Das sei eigentlich der wichtigste Punkt, über den man mit den Landtagsabgeordneten noch einmal sprechen muss, denn daraus resultieren die Probleme, die nicht nur die Kita „Max und Moritz“ hat, sondern die eigentlich alle Einrichtungen haben.

Stadtrat Boris Kondratjuk sei trotzdem nicht ganz einverstanden. In dem Brief der Erzieherinnen heißt es „wir brauchen endlich eine Gleichstellung zur Gruppengröße, die es in den übrigen Kitas der Stadt gibt“.

Bereits in der letzten Sitzung sei festgestellt worden, dass die Aussage nicht korrekt sei. Alle Kitas haben den gleichen Verrechnungsschlüssel. Ausschussvorsitzender Klaus Czernitzki möchte die Diskussion heute nicht weiter vertiefen, da diese Thematik am 11.12. auf der Tagesordnung steht.

Der **TOP 7** entfällt; es werden im öffentlichen Teil keine Anfragen gestellt und keine Anregungen gegeben.

Klaus Czernitzki
Ausschussvorsitzender

Protokollführer